

Die sicherheitspolitische Dimension der Eurokrise

Autor(en): **Farwick, Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-309703>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die sicherheitspolitische Dimension der Eurokrise

In Deutschland beherrscht ein Thema die öffentliche Diskussion: die sogenannte «Eurokrise». De facto ist es eine Krise der Banken, die sich mit den von den Nehmerländern gezahlten hohen Schuldzinsen zunächst eine «goldene Nase» verdient haben, plötzlich jedoch auf «faulen» Krediten sassen. Die sicherheitspolitischen Folgen, für die Bundeswehr und für die NATO, werden kaum wahrgenommen, obschon deren Fähigkeiten weitersinken und die NATO zu einer Allianz der Fähigen und Willigen degeneriert.

Dieter Farwick

Die verschuldeten Staaten konnten auf dem Finanzmarkt keine neuen Kredite zu tragbaren Schuldzinsen mehr aufnehmen. Fast ein Drittel der 17 Eurostaaten musste unter den EU-Rettungsschirm flüchten. Sie nahmen dafür in Kauf, auf Jahre durch den IWF, die EZB und die EU-Kommission «fremdregiert» zu werden. Eine Demütigung. Allein Griechenland hat in den letzten Jahren Kredite im Werte von über 200 Milliarden Euro erhalten. Bislang haben die Geldspritzen nicht die erhoffte Wirkung gezeigt, da das Geld in der jeweiligen Wirtschaft nur unzureichend angekommen ist.

Mit dieser Krise geht eine gigantische Staatsverschuldung einher, eine hohe Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent in einigen südeuropäischen Ländern, der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder auf den europäischen und globalen Märkten durch zu hohe Produktionskosten.

Die permanenten Diskussionen der Öffentlichkeit und der politisch Verantwortlichen drehen sich um die Zukunft der Eurozone und damit auch der EU – sowie Gesamteuropas. Dabei geht es im Wesentlichen um die Frage «Ende mit Schrecken» oder «Schrecken ohne Ende»? Die Mehrheit der Deutschen plädiert für ein Ende mit Schrecken, obwohl die Kosten immens wären. Diese sind jedoch auch hoch, wenn die bisherigen finanziellen Hilfsmassnahmen über Jahre und Jahrzehnte fortgesetzt werden müssten – bis die jetzt noch zahlungsfähigen und zahlungswilligen Länder selbst in existentielle Schwierigkeiten geraten. Wer rettet diese? China?

Ein Thema spielt in der Diskussion nur eine Nebenrolle: die Sicherheitspolitik der EU-Staaten und damit auch der NATO. Weder die politisch Verantwortlichen noch die Öffentlichkeit zeigen grosses Interesse an diesem Thema. Das frühere «freundliche Desinteresse» (Zitat des früheren Bundespräsidenten Horst Köhler) der deutschen Öffentlichkeit an Fragen der Sicherheitspolitik und der deutschen Streitkräfte ist einer gleichgültigen Nichtbeachtung gewichen – besonders verstärkt durch die Abschaffung der Wehrpflicht, mit der Freiherr zu Guttenberg die politisch Verantwortlichen und die deutsche Öffentlichkeit überraschte und überrollte. Dieser Entscheidung ging keine tieferschürfende Untersuchung voraus.

Der zweite Coup des damaligen Verteidigungsministers folgte auf dem Fusse – die Reduzierung der deutschen Streitkräfte auf eine Stärke von «bis zu 185 000 Soldaten». Auch dieser Entscheidung ging

keine tiefer gehende Studie voraus. Das Urteil des Generalinspektors, mit den eingeplanten Finanzen lediglich eine Stärke von rund 163 000 angemessen zu bezahlen, auszubilden und ausstatten zu können, wurde ohne weitere Diskussion beiseite gewischt.

Am Anfang war das Wort des Finanzministers Dr. Wolfgang Schäuble. Er verlangte Anfang 2010 vom damaligen Verteidigungsminister Freiherr zu Guttenberg eine Einsparung von rund 8 Milliarden in den nächsten vier Jahren – u. a. konkret den Abbau von jeweils 20 000 Berufs- und Zeitsoldaten.

Bereits nach zwei Jahren fühlen sich die Skeptiker in der Annahme bestätigt, dass diese Reform ein Rohrkrepiierer ist. In seiner im Oktober 2012 veröffentlichten Studie des Bundeswehrverbandes wird

KFOR: Deutsches Kontingent an der albanischen Grenze. Bilder: Peter Wozniak



das Ausmass der persönlichen Planungsunsicherheit und der Frustration der Betroffenen deutlich. Die «Jahrhundertreform der Bundeswehr» kann die nächsten drei Jahre nicht überleben, wenn ihr nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Zumal die Kosten für das Personal (das zu einem freiwilligen vorzeitigen Ausscheiden aus der Bundeswehr – Soldaten sowie zivile Beamte und Angestellte – bewegt werden sollte), sowie die Kosten für die Infrastrukturmassnahmen in den durch die Reduzierung aufzugebenden und den aufnehmenden Standorten deutlich höher sind, als naiv-optimistisch angenommen worden war.

Ein Verteidigungshaushalt von knapp über 31 Milliarden mit einem Investitionsanteil von 22/23 Prozent – bei einem Dauermenwert von 30 Prozent – ist unausgewogen und unterfinanziert. Die deutschen Streitkräfte schieben eine Welle aufgeschobener Rüstungsprojekte vor sich her. Selbst die Soldaten im Kriegseinsatz in Afghanistan verfügen nicht über ausreichende, gut gepanzerte Fahrzeuge, Aufklärungs- und Kommunikationsmittel sowie eine angemessene Bewaffnung – zu der auch sogenannte «Kampfdrohnen» gehören. Das grösste Defizit sind die für die Topografie Afghanistans fehlenden Kampf- und Transporthubschrauber.

Hier kommt die Eurokrise ins Spiel. Sie wird auf Jahre eine Erhöhung des deutschen Verteidigungshaushaltes von derzeit 1,3 auf moderate 2 Prozent des Brutto sozialproduktes – eine Zielgrösse der NATO – verhindern.

Die noch stark sprudelnden Steuereinnahmen würden diese Steigerung ermöglichen, aber es fehlt der öffentliche und politische Druck. Der Wohlfahrtsstaat hat Vorrang. Trotz der höheren Steuereinnahmen steigen die Staatsausgaben – in erster Linie für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates mit steigenden Sozialausgaben. Darüber hinaus muss Deutschland vom Gesamthaushalt von rund 300 Milliarden bereits 40 Milliarden Schuldzinsen bezahlen, ohne dass die Gesamtschulden und Verbindlichkeiten von über 6 000 Milliarden reduziert werden.

Staatsbürger, die für die Einsatzfähigkeit deutscher Streitkräfte im Rahmen der kollektiven Bündnis- und Landesverteidigung sowie der Auslandseinsätze der Bundeswehr in UN-mandatierten und von der NATO geführten politisch-militärischen Operationen eintreten, sehen keine reelle Chance für die notwendigen Verbesserungen.



KFOR: Winterliches Präzren.

Es wird an der «Drehschraube Finanzen» gedreht werden, in Verbindung mit einer weiteren Reduzierung der Bundeswehr auf höchstens 150 000 Soldaten. Dies wird, unabhängig von der Farbenkombination der zukünftigen Regierung, nach den Bundestagswahlen im September 2013 geschehen.

Es ist kein Trost, dass nahezu alle NATO-Mitgliedstaaten denselben Weg der Reduzierung der Verteidigungsausgaben und der Truppenstärken einschlagen.

Bei der politisch-militärischen Operation zur Unterstützung der libyschen Bevölkerung «UNIFIED PROTECTOR» traten die politischen und militärischen Schwächen der europäischen NATO-Staaten deutlich zu Tage. Mit Deutschland als schlechtem Vorbild haben von den 28 Mitgliedstaaten immerhin deren die militärische Teilnahme verweigert – aus politischen Gründen und wegen unzureichender militärischer Fähigkeiten. Selbst die militärisch noch starken europäischen Staaten Grossbritannien und Frankreich mussten nach Tagen zugeben, dass ihre Vorräte an Präzisionswaffen erschöpft waren. Sie mussten den Grossen Bruder USA um Nachschub bitten. Dabei ist aus militärischer Sicht nüchtern zu analysieren, dass es sich bei «UNIFIED PROTECTOR» um eine geographisch überschaubare, zeitlich begrenzte Operation gehandelt hat – gegen einen schwachen Gegner.

Der Generalsekretär der NATO, der Däne Anders Fogh Rasmussen, thematisiert die negative Entwicklung innerhalb der NATO. Er fordert eine stärkere Arbeits-

teilung und Rollenspezialisierung. Bisher sind seine Forderungen nach «Smart Defense» oder «Pooling and Sharing» Schlagwörter ohne Substanz geblieben. Um Kosten zu sparen, muss man in der Regel zunächst investieren. Dafür fehlen die Bereitschaft und die zur Verfügung gestellten Ressourcen.

Was kann die NATO noch leisten, wenn die derzeit eingeleiteten Reduzierungen – besonders der europäischen Streitkräfte – vorläufig abgeschlossen sind? Man kann nur hoffen und beten, dass die Schwäche nicht von anderen Staaten oder anderen Gewaltakteuren dieser Welt ausgenutzt wird. Angesichts der aktuellen und zukünftigen Risiken – wie etwa Migration, internationaler Terrorismus und globale Energiesicherheit – ist dies nur ein frommer Wunsch.

Es bleiben nur begrenzte Fähigkeiten für geographisch, militärisch und zeitlich überschaubare Einsätze – wie z. B. Evakuierungen nach Naturkatastrophen oder im Umfang und der Zeitdauer begrenzte Stabilisierungsmassnahmen. Die NATO ist zu einer Allianz der Fähigen und Willigen degeneriert, deren Fähigkeiten zur Landes-/Bündnisverteidigung weiter sinken werden.

Der Ring von NATO-Staaten, der auch einen «cordon sanitaire» um die Schweiz bildete, wird sicherheitspolitisch deutlich geschwächt. ■



BrigGen aD
Dieter Farwick
Publizist
72488 Sigmaringen-Laiz